REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ISRAEL
DR. PETER MÜLLER

15. Oktober 2007

www.kas.de
www.kas.de/israel

Ihre Exzellenz Herr Botschafter Dr. Kindermann, sehr geehrte Frau Knobloch, sehr geehrter Herr Dr. Hänsel,

es ist mir eine große Freude, heute Abend bei Ihnen sein zu dürfen. Viele von Ihnen üben wichtige Funktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus und prägen das öffentliche Leben Ihres Landes oder Ihrer jeweiligen Gemeinde. Sie repräsentieren ein großes Spektrum der reichhaltigen Kulturlandschaft und der vielschichtigen, lebendigen Gesellschaft Israels. Ich habe Israel immer als ein Land voller Tatkraft, Schaffensfreude und als ein Land mit beeindruckenden Errungenschaften in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur angesehen. Die bisherigen Begegnungen und wertvollen Gespräche während meines Aufenthaltes hier haben mein positives Bild über Ihr Land voll bestätigt; ich freue mich schon auf die weiteren Kontakte in den nächsten Tagen. Ich bin der Konrad-Adenauer-Stiftung daher sehr dankbar für die Organisation dieser Vortragveranstaltung, denn es ist für mich etwas ganz Besonderes, zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Wenn ich nämlich jetzt zu Ihnen spreche, tue ich dies im Grunde genommen auf dreierlei Art und Weise. Zum einen spreche ich zu Ihnen als deutscher Politiker, also als ein Repräsentant jenes Landes, in dessen Namen Ihrem Volk vor rund 60 Jahren so unvorstellbar Grausames angetan wurde. Heute Morgen beim Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem wurde mir die einzigartige Brutalität des Holocaust, dem dunkelsten Kapitel in der Geschichte meines Landes, noch einmal besonders bewusst. Die Millionen unschuldig Ermordeten und das unsägliche Leid der Überlebenden bleiben unvergessen. Ich verneige mich voller Demut vor den Opfern. Als jemand, der nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde, kann ich Ihnen versichern, dass sich deutsche Politiker, ja dass sich Deutsche im Allgemeinen nicht erst beim Besuch von Gedenkstätten an die moralische Verantwortung ihrer Geschichte erinnern. Bei seiner Rede vor der Knesset im Februar 2005 brachte es Bundespräsident Horst Köhler nämlich auf den Punkt: „Die Verantwortung für die Shoa ist Teil der deutschen Identität. Dass Israel in international anerkannten Grenzen und frei von Angst und Terror leben kann, ist unumstößliche Maxime deutscher Politik.“ Es ist mir ein besonderes Anliegen, als Ministerpräsident diese Aussage am heutigen Tag erneut zu bekräftigen

[Anrede],

ich spreche zu Ihnen aber nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer. Und als Europäer bin ich geprägt von der Erfahrung, dass Länder selbst nach Jahrhunderten der Feindschaft, des Krieges und des gegenseitigen Tötens irgendwann zueinander finden, sich versöhnen, dann zu Partnern und schließlich sogar zu echten Freunden werden können. Diese Erfahrung haben wir Europäer in den letzten Jahr-zehnten bereits zweimal erleben dürfen: Zuerst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der europäischen Integration und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft, und dann zweitens im Verlauf der letzten siebzehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Aufnahme von ehemaligen Ostblockländern in die Europäische Union. Auf Grund dieser spezifisch europäischen Sozialisation lasse ich mir den Glauben nicht nehmen, dass es auch in anderen Regionen dieser Welt trotz vieler Widrigkeiten und Enttäuschungen am Ende doch zu Frieden, Sicherheit und Freiheit kommen wird.

Schließlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, spreche ich zu Ihnen auch als Saarländer. Das Saarland ist – von den drei Stadtstaaten abgesehen – das flächenmäßig kleinste der 16 deutschen Bundesländer; es hat rund eine Million lebensfrohe Einwohner und liegt im Südwesten Deutschlands an der Grenze zu Frankreich. Mit dem Schnellzug ICE sind Sie von der Landeshauptstadt Saarbrücken in weniger als 2 Stunden in

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ISRAEL
DR. PETER MÜLLER

15. Oktober 2007

www.kas.de
www.kas.de/israel

Paris. Mein Bundesland hat in den vergangenen Jahrzehnten einen umfassenden Strukturwandel erfolgreich bewältig: Es hat sich von einem Land, das früher maßgeblich durch den Bergbau und die Stahlindustrie geprägt war, zu einem modernen, prosperierenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort in den Bereichen der Bio-, Nano- und Informationstechnologie und in der Automobilindustrie entwickelt. Kurzum: Das Saarland ist ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum.

Die Tatsache, dass ich nicht nur zugleich Deutscher und Europäer, sondern auch Saarländer bin, erwähne ich aber primär nicht wegen der Attraktivität meines Bundeslandes. Nein, ich erwähne dies aus einem ganz anderen Grund. Wie Ihnen allen bekannt sein dürfte, wurde ein Teil des deutschen Staatsgebietes nach dem Zweiten Weltkrieg dem heutigen Polen zugesprochen und der Rest in einen westdeutschen und einen ostdeutschen Teil aufgeteilt, aus denen sich dann die Bundesrepublik Deutschland bzw. die DDR entwickelte. Wie aber vermutlich nur die wenigsten von Ihnen wissen, wurde auch im Westen ein Gebiet – nämlich das Saarland – auf Verlangen Frankreichs vom restlichen Teil des Landes abgetrennt und zu einem eigenständigen Land erklärt. Zu einem westdeutschen Bundesland wurde das Saarland erst vor fünfzig Jahren nach einer Volksabstimmung, also acht Jahre nach Gründung der Bundesrepublik. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg musste das Saarland ein ähnliches Schicksal erleiden und war ebenfalls für mehrere Jahre nicht Teil Deutschlands, sondern unterstand dem Völkerbund und damit faktisch Frankreich.

Diese historischen Erfahrungen haben die Identität der Saarländerinnen und Saarländer entscheidend geprägt. Denn keine Region hat in der Vergangenheit unter den deutsch-französischen Auseinandersetzungen so stark gelitten, keine Region ist von den deutsch-französischen Beziehungen so abhängig wie das Saarland. Wer zum Beginn des vergangenen Jahrhunderts an der Saar geboren wurde, war bis zum Erreichen des Rentenalters Inhaber von nicht weniger als fünf Pässen:

- eines deutschen im Kaiserreich

- eines als „protégé de la France“ zur Völkerbundszeit

- eines des Deutschen Reiches nach 1935

- eines saarländischen nach 1948

- und eines deutschen nach 1957

Diese permanente Veränderung des völkerrechtlichen Status fand mit der Klärung der Saarfrage im Sinne nationaler Zugehörigkeit zu Deutschland ihren Abschluss. Dies war möglich, weil Frankreich das Ergebnis der diesbezüglichen Volksabstimmung aus dem Jahr 1955 akzeptierte. Dies war möglich, weil Frankreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs sich entschlossen hatte, nicht den Weg der Vergeltung, sondern den Weg der Versöhnung zu gehen. Die deutsch-französische Aussöhnung ist eine der wirklich großen Erfolgsgeschichten der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Als Saarländer weiß ich daher, welche unmittelbaren Vorteile sich für die Menschen ergeben, wenn aus einstigen langjährigen Feinden neue Freunde werden. Aber als Saarländer weiß ich auch, dass die Veränderung von Grenzen nicht

nur eine rein „technische“, d.h. politische oder militärische Angelegenheit ist, sondern auf Engste mit der eigenen Geschichte und der eigenen Identität verbunden ist. Ich habe daher Verständnis dafür, wenn es Menschen emotional schwer fällt, neue Grenzen zu akzeptieren, auch wenn es eigentlich das beste für alle Betroffenen ist.

[Anrede]

Geschichte und Identität prägen nicht nur Normen und Werte, sondern sind zugleich eine moralische Verantwortung für das öffentliche und das private Handeln einer Gesellschaft. Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt und die richtigen Konsequenzen gezogen. Deutschland ist eine „wehrhafte Demokratie“ und duldet keinerlei Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder gar Antisemitismus. Seit Gründung der Bundesrepublik herrscht in der Bevölkerung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ISRAEL
DR. PETER MÜLLER

15. Oktober 2007

www.kas.de
www.kas.de/israel

breite Übereinstimmung darüber, dass nie wieder im deutschen Namen anderen Ländern und Völkern Angst, Leid und Gewalt zugefügt werden darf. Zu den Grundwerten der deutschen Außenpolitik gehört ebenfalls, jede Form von aggressivem Nationalismus abzulehnen und stattdessen im friedlichen Verbund mit der internationalen Staatengemeinschaft und nur im Rahmen des internationalen Rechts zu handeln.

In besonderer Weise spiegelt sich diese Maxime in den transatlantischen Beziehungen und im Engagement Deutschlands für die europäische Integration wider. Zu guten Beziehungen mit den USA und zur verstärkten Zusammenarbeit in Europa gibt es keine Alternative. Die USA, Deutschland und die anderen Mitgliedsländer der EU sind nämlich nicht nur eine Interessen-, sondern vor allem auch eine Wertegemeinschaft. Diese Wertegemeinschaft beruht auf einem gemeinsamen Menschenbild, das maßgeblich durch Christentum und Judentum, durch Antike und Aufklärung geprägt ist. Das gemeinsame jüdisch-christliche Erbe, die vielen Jahrhunderte des friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens zwischen Deutschen jüdischen und nicht-jüdischen Glaubens, die herausragenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen von Juden in Deutschland, und nicht zuletzt die Tatsache, dass Israel die einzig wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist, machen Israel zu dem wichtigsten Partner Deutschlands außerhalb Nordamerikas und Europas.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesrepublik Deutschland ein elementares Interesse daran, dass Israel in Freiheit und Sicherheit leben kann. Es ist daher nicht hinnehmbar, wenn Personen wie der iranische Präsident Ahmadinedschad den Holocaust leugnen und dazu aufrufen, Israel von der Landkarte zu tilgen. Diese schlimmen, hetzerischen Parolen müssen wir ernst nehmen. Ahmadinedschad ist leider zuzutrauen, dass er irgendwann seinen Worten auch Taten folgen lässt, ich denke hierbei vor allem an das iranische Atomprogramm. Deswegen begrüße ich die klaren Worte, die Bundeskanzlerin Angela Merkel hierzu vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. September in New York gesprochen hat. Lassen Sie mich die Bundeskanzlerin zitieren:

„Wenn der Iran in den Besitz der Atombombe käme, dann hätte das verheerende Folgen: Zuerst und vor allem für die Existenz Israels, dann für die gesamte Region und schließlich – weit darüber hinaus – für alle in Europa und der Welt, denen die Werte Freiheit, Demokratie und Menschenwürde etwas bedeuten. Deshalb muss verhindert werden, dass der Iran in den Besitz der Atombombe kommt. Beim entschlossenen Vorgehen gegen die Provokationen des Iran darf sich die internationale Gemeinschaft nicht spalten lassen. Nicht die Welt muss Iran beweisen, dass der Iran die Atombombe baut. Iran muss die Welt überzeugen, dass es die Atombombe nicht will."

Weiterhin bekannte sich die Bundeskanzlerin vor den Vereinten Nationen nochmals ausdrücklich für die besondere Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht Israels und bezog dies explizit auch auf den Konflikt mit dem iranischen Atomprogramm. Erneut zitiere ich hierzu Angela Merkel:

„Die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das auch keine leeren Worte bleiben. Deutschland setzt gemeinsam mit seinen Partnern auf eine diplomatische Lösung. Dazu wird sich Deutschland, wenn der Iran nicht einlenkt, entschieden für weitere, schärfere Sanktionen einsetzen."

[Anrede],

ich bin deshalb so ausführlich auf die Äußerungen der deutschen Bundeskanzlerin vor den Vereinten Nationen eingegangen, um Ihnen zu verdeutlichen, dass auch in der Gegenwart die Bundesrepublik Deutschland bei den elementaren Fragen der Sicherheit und Freiheit Israels ganz eindeutig auf der Seite Ihres Landes steht. Und gerade weil uns Deutschen die Sicherheit Israels so wichtig ist, schauen wir mit großer Sorge auf die gegenwärtig angespannte Lage im Nahost-Konflikt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ISRAEL
DR. PETER MÜLLER

15. Oktober 2007

www.kas.de
www.kas.de/israel

Als EU-Mitgliedsland ist die Bundesrepublik neben den USA, Russland und den Vereinten Nationen Teil des Nahost-Quartetts und engagiert sich für eine Lösung des Nahost-Konfliktes.

[Anrede]

hinsichtlich des Nahost-Konflikts möchte ich mich aber jetzt keinesfalls hier hinstellen und sie über irgendetwas belehren oder Ihnen vermeintlich gute Ratschläge erteilen. Ich möchte nur einige grundsätzliche Bemerkungen dazu machen und Sie darin bestärken, den eingeschlagenen Weg des Friedens weiter voran zu schreiten. Der Friedensprozess war in der Vergangenheit ein steiniger, ja bisweilen blutiger Prozess mit vielen Hindernissen und Rückschlägen, aber eben auch mit Erfolgen. Zu dem Friedensprozess gibt es keine Alternative – schon gar nicht in Form von Gewalt. Denn eines ist klar: Selbstmordattentäter sind keine Freiheitskämpfer, sondern skrupellose Terroristen, die gezielt unschuldige Menschen töten. Für Selbstmordattentate gibt es keinerlei Rechtfertigung oder Entschuldigung. Aber auch andere Formen von Gewalt bieten keine Lösungen. Gewalt – egal von wem sie aus welchen Gründen ausgeübt wird - dient langfristig nicht den Interessen der Sicherheit und des Friedens, sondern erzeugt primär nur weitere Angst, Unsicherheit und Hass.

Grundlage für den Friedensprozess ist und bleibt vielmehr der Friedensplan von 2003, die sogenannte Roadmap. Das Ziel bleibt die Schaffung eines demokratischen palästinensischen Staates, der mit Israel und seinen Nachbarländern koexistieren kann. Gegenwärtig ist dieses Ziel scheinbar in weite Ferne gerückt. Mit ihrer Machtübernahme im Gazastreifen hat die radikal-islamische Hamas nicht nur den Friedensprozess massiv gefährdet, sondern auch den Interessen des palästinensischen Volkes geschadet. Wer wie die Hamas nicht auf Gewalt verzichtet, das Existenzrecht Israels nicht anerkennt und ebenso nicht bereit ist, das Verhandlungsacquis mit Israel zu akzeptieren, kann nicht Ansprechpartner für das Nahostquartett sein. Palästinenser-Präsident Machmud Abbas hingegen hat die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft verdient.

Die nächsten Monat in Washington stattfindende Konferenz zwischen Vertretern Israels und der Palästinenser ist zwar kein Anlass zur grenzenloser Euphorie, wohl aber ein ermutigendes Zeichen der Hoffnung, dass es mit dem Friedensprozess voran geht. Und gerade im Hinblick auf den Friedensprozess sollten wir uns immer an den Satz von David Ben Gurion erinnern: „Wer nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist“.

[Anrede],

ein Wunder ist eigentlich auch die so positive Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute pflegen beide Staaten einen engen politischen Kontakt; es gibt eine hervorragende Zusammenarbeit und einen regen Austausch in Kultur, Wissenschaft, Handel, Industrie und Sport. Rund einhundert Städtepartnerschaften sind inzwischen geschlossen worden. Die Voraussetzungen dafür waren denkbar schlecht – auch in meinem Bundesland, dem Saarland. Von den fast 5.000 jüdischen Mitbürgern, die 1935 im Saarland lebten, kehrten nicht mehr als 41 nach dem II. Weltkrieg dorthin zurück. Aber Überlebende kehrten bewusst zurück und gründeten in der Landeshauptstadt Saarbrücken bereits kurze Zeit nach Kriegsende wieder eine jüdische Gemeinde. Vor dem Hintergrund des historisch Erlebten ist dies ein beeindruckendes Symbol für Versöhnung, für Toleranz, für Weltoffenheit, für Integration im positiven Sinne.

Im Laufe der Zeit entstanden in vielen deutschen Städten weitere jüdische Gemeinden; Synagogen wurden wieder eröffnet oder neu gebaut. Jüdisches Leben ist heute abermals unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Kultur. Zudem werden durch vielfältige Veranstaltungen die kulturellen Leistungen deutscher Juden lebendig gehalten. So stellt das Max-Ophüls-Filmfestival – benannt nach dem gleichnamigen großen jüdischen Regisseur aus Saarbrücken – und die an dieser Veranstaltung vergebenen Preise für filmische Nachwuchstalente eines der größten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ISRAEL
DR. PETER MÜLLER

15. Oktober 2007

www.kas.de
www.kas.de/israel

saarländischen Kulturereignisse dar, das weiter über die Landesgrenzen hinaus Beachtung findet.

Und zunehmend wächst auch das Interesse an der Geschichte des Judentums, vor allem an der wechselvollen Vergangenheit des jüdischen Lebens in Deutschland. Nirgends wird dies vermutlich so ersichtlich wie im Jüdischen Museum in Berlin. Dort

wird eindrucksvoll die ganze Bandbreite – nämlich Licht und Schatten - der kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der Juden im Verlauf der deutschen Geschichte dargestellt. Für mich ist das Jüdische Museum in Berlin eines der bemerkenswertesten öffentlichen Gebäude Deutschlands. Ich bin der Auffassung, dass insbesondere Jugendliche mindestens einmal in ihrem Leben die Ausstellung dort besuchen sollten. Denn umso mehr Jugendliche etwas über das Judentum erfahren, desto größer ist ihr Respekt vor der jüdischen Kultur und dem jüdischen Glauben. Und aus Respekt wächst Verständnis, aus Verständnis wächst Vertrauen, und aus Vertrauen wächst Sympathie. Kann es einen wirksameren Schutz vor Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus geben?

Auch in anderen Bereichen hat es sich ausgezahlt, vor allem auf die Jugend zu setzten, um den Prozess der Toleranz und der Verständigung voranzubringen. Nicht umsonst wurde die europäische Integration von Anfang an durch zahlreiche Jugend- , Schüler- und Studentenaustausche begleitet. In der EU ist das Ergebnis mit Händen greifbar: Nicht nur die tatsächlichen Grenzen sind gefallen, sondern auch die gefühlten Grenzen in den Köpfen junger Menschen sind weitestgehend verschwunden. Gleiches gilt für die israelisch-deutschen Beziehungen. Auch hier gibt es zahlreiche Programme des Kennenlernens von jugendlichen Israelis und Deutschen. Meine Landesregierung fördert ebenfalls die Begegnung zwischen den Jugendlichen aus unseren beiden Ländern. Hierbei möchte ich ein Projekt besonders hervorheben, nämlich die Initiative einer privaten Stiftung, die jedes Jahr ein Treffen von deutschen, französischen, israelischen und palästinensischen Jugendlichen organisiert. Die kühne Idee dabei ist, dass die israelischen und palästinensischen Jugendlichen einen ähnlich unkomplizierten Umgang miteinander erfahren, wie es die deutschen und französischen Jugendlichen tun, bei denen das Trennende ihrer Länder längst Geschichte ist.

Mich beeindrucken solche Initiativen, die im Kleinen wirklich Großes bewirken. In Deutschland wird aufmerksam verfolgt, welche kleinen, aber wichtigen Schritte der Annäherung zwischen Israelis und Palästinensern auch in Ihrem Land unternommen werden, und dies trotz wirklich widriger Umstände. So haben vor einigen Monaten viele deutschen Zeitungen darüber berichtet, dass die israelische Bildungsministerin Juli Tamir gegen erhebliche Proteste durchgesetzt hat, dass in israelischen Schulbüchern für arabische Schüler bei der Beschreibung des israelisch-arabischen Kriegs von 1948 auch die arabische Sichtweise dargestellt wird. Denn während für Juden dieser Feldzug ein „Unabhängigkeitskrieg“ ist, bezeichnen Araber diesen Krieg als „Nakba“ – den Krieg der Katastrophen und der Demütigung. Ebenso wird in diesem Schulbuch zum ersten Mal erwähnt, dass es in Folge des Krieges auch zur Vertreibung von Palästinensern kam. Nach wie vor werden meines Wissens arabische und israelische Schüler zwar noch weitgehend getrennt unterrichtet, aber das neue Schulbuch ist ein sehr vielversprechender Anfang.

Ich erwähne das deshalb, weil Geschichtsbücher mehr sind als nur Unterrichtsmaterialien. Sie sind Ausdruck der eigenen Identität und der Wahrnehmung der Identität der anderen Völker und Nationen. Sie sind dadurch Gradmesser der interkulturellen Verständigung, ja Gradmesser des Friedens.
Ich möchte Sie daher auf ein spezielles Projekt der deutsch-französischen Zusammenarbeit hinweisen, nämlich auf das erste deutsch-französische Geschichtsbuch, das unter Federführung des Saarlandes entwickelt wurde. Zum ersten Mal überhaupt wird die Geschichte beider Länder und die Europas aus einem gemeinsamen Blickwinkel betrachtet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ISRAEL
DR. PETER MÜLLER

15. Oktober 2007

www.kas.de
www.kas.de/israel

Damit unterscheidet sich das Buch von der bislang vorrangig nationalen Orientierung der Geschichtsschreibung. Und dieser gemeinsame Blick zurück auf das Verbindende und Trennende beider Völker erleichtert den gemeinsamen Blick nach vorne. Das deutsch-französische Geschichtsbuch ist daher ein weiterer Schritt hin zu einer noch intensiveren europäischen Zusammenarbeit. Vielleicht hilft ja auch das neue israelische Schulbuch bei der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern.

[Anrede]

als saarländischer Deutscher und als deutscher Europäer habe ich bereits zweimal erleben dürfen – nämlich in Form der Eingliederung des Saarlandes nach Deutschland und in Form der europäischen Integration, die letztendlich auch zur Wiedervereinigung Deutschlands geführt hat - wie sich der Geist der Verständigung und des Friedens durchgesetzt hat. Beides war keine Selbstverständlichkeit. Und niemand kann garantieren, dass dies auch zu anderen Zeiten an anderen Orten ebenso gelingen wird. Denn dauerhaften Frieden zu schaffen ist harte Arbeit. Aber für wen Geschichte auch eine moralische Verantwortung ist, der sieht Frieden als politische Herausforderung. Dieser Herausforderung muss man sich stellen – ohne Naivität, aber mit der konstruktiven Kraft der Hoffnung. Ich wünsche Israel von ganzem Herzen, dass es diese Herausforderung meistern wird. Der Weg des Friedens ist ein guter Weg, und wer ihn geht, kommt eines Tages auch an. Wie formuliert es ein jüdisches Sprichwort so treffend: „Berge kommen nicht zusammen, aber Menschen."

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.